

Kritische AktionärInnen

DAIMLER

Gegenantrag

Herr **Otto Reger**, Mannheim

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Die Mitglieder des Vorstands werden nicht entlastet.

Begründung:

Die Daimler AG hält seit Jahren an der Produktion von Militärversionen ihrer Fahrzeuge fest. Diese werden in Länder wie Ägypten, Algerien, Indonesien, der Irak, Kuwait, Libyen, Pakistan, Saudi-Arabien, Syrien, die Türkei geliefert. Das widerspricht den ethischen Grundsätzen wie sie die Daimler AG vollmundig vertritt und ist für die Menschen in den Empfängerländern mit gravierenden Folgen verbunden. Die Fahrzeuge sind essentielle Instrumente von kriegerischen Handlungen und von Unterdrückungsmaßnahmen. Die Lieferungen verstoßen gegen politische Grundsätze wie sie von der Bundesregierung oder von der Europäischen Union (auf dem Papier) vertreten werden, nämlich nicht in Länder Rüstungsgüter zu exportieren, in denen Kriege und bewaffnete Konflikte ausgetragen werden oder drohen. Genauso wenig darf in Länder geliefert werden, die in Konfliktregionen liegen.

Die Militärfahrzeuge, die in einem besonderen Internetauftritt <http://www.mb-military-vehicles.com/> beworben werden, unterscheiden sich von den zivilen Fahrzeugen durch spezielle Ausrüstung wie beispielsweise Panzerung, was sie entsprechend teurer macht. Derartig teure und buchstäblich hochgerüstete Militärinstrumente widersprechen den Bedürfnissen vieler Menschen in Entwicklungsländern nach Trinkwasserversorgung, Gesundheitsversorgung und umweltgerechten, einfachen und erschwinglichen Transportmitteln.

Das Militärgeschäft kann für die Daimler AG nur von marginaler Bedeutung sein und muss eingestellt werden, nicht zuletzt um in der öffentlichen Debatte eine Stimmung für Abrüstung zu unterstützen. Ein Vorstand der sich einer Rüstungskonversion – Umstellung auf Zivilproduktion - verweigert kann nicht entlastet werden.“

Die Kritischen Aktionäre Daimler (KAD) sind Mitglied im Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V., www.kritischeaktionaere.de.